

**Reinhard Kardinal Marx:**

**Festrede zur Verleihung der Alexander-Rüstow-Plakette  
durch die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft  
München, 25. Juni 2015**

---

**Es gilt das gesprochene Wort!**

### **Wie viel Mensch verträgt die Wirtschaft?**

Der Mensch steht im Mittelpunkt der Sozialen Marktwirtschaft. Die Beschäftigung mit der Wirtschaft, die Frage nach ihrer Ordnung, ist – und das gilt bis heute – die entscheidende Frage für das Leben in der Gesellschaft und damit für das Leben jedes Einzelnen. Wie man die Wirtschaft ordnet, entscheidet darüber, wie die Menschen leben und ob sie eigenverantwortlich und gut leben können. Ludwig Erhard sah in einer klug geordneten Wirtschaft die Voraussetzung dafür, um „überkommene Hierarchien“ aufzubrechen, um „endlich das Ressentiment zwischen arm und reich“ zu überwinden und damit „Wohlstand für alle“ zu erreichen.<sup>1</sup> „Wohlstand für alle“ meint dann aber eben nicht einen bloßen Konsumismus, sondern „Wohlstand für *alle*“ ist ein verteilungspolitisches Projekt. Nur ein geregelter Wettbewerb ermöglicht Einkommensmobilität und die Teilhabe an wirtschaftlicher wie technischer Entwicklung. Mit der „Sozialisierung von Fortschritt und Gewinn“ – um nochmals Erhard zu zitieren – ist somit das vordringliche Anliegen einer Sozialen Marktwirtschaft benannt. Niemand soll zurückgelassen werden. Fortschritt und Gewinn sind nur dann legitim, wenn alle davon profitieren können. Eine wohl geordnete Wirtschaft war für Ludwig Erhard somit die Bedingung dafür, dass auch die Gesellschaft in wünschenswerter Weise gestaltet ist. Zielpunkt ist eine Ordnung ohne Privilegien, in der weder feudale oder Parteieliten noch wirtschaftliche Machtblöcke wie Monopole und Kartelle die Gestalt des Gemeinwesens bestimmen, sondern prinzipiell allen die gleichen Chancen jenseits von Klassenschranken eröffnet werden.

Doch taugt eine solche Lesart im Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft – abseits von Sonntagspredigten und Preisverleihungsreden – auch heute noch? Oder ist die Verbindung von „sozial“ und „Marktwirtschaft“ – und war es vielleicht damals schon – nur etwas verbale

---

<sup>1</sup> Vgl. Erhard (1957), S.7.

„soziale Soße“ über ein eigentlich bisweilen kalt anmutendes marktwirtschaftliches Gericht?<sup>2</sup> Funktioniert die Wirtschaft nicht nach eigenen Gesetzmäßigkeiten? Oder im Sinne des Titels: Verträgt die Wirtschaft nur so viel Mensch wie es die Funktionslogik des Marktes zulässt? Bleibt letztlich nur der Gegensatz zwischen Gewinn und Menschlichkeit, wobei letztere am schwächeren Hebel sitzt? Nein. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass sich die Wirtschaft menschlich ordnen lässt, sie ist ja Teil des Projektes der Zivilisation. Die Gestaltung unserer globalen Wirtschaft entlang der Ideen der Sozialen Marktwirtschaft ist die entscheidende Frage für das 21. Jahrhundert. Es geht, wie auch Papst Franziskus sagt, um eine ganzheitliche neue Fortschrittsidee.

Nun erscheint es angemessen, aus Anlass der Verleihung der Alexander-Rüstow-Plakette auch ein wenig näher auf den Namensgeber dieses Preises und auf seine Überlegungen einzugehen. Eine zentrale Idee, den Gegensatz zwischen „dem Markt“ und „dem Menschen“, den Gegensatz zwischen individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung aufzulösen, sah Rüstow im Konzept der Vitalpolitik. Nach Rüstow ist Vitalpolitik eine „Wirtschafts- und Sozialpolitik, die bewusst nicht nach irgendwelchen Rekorden und Höchstleistungen strebt, nicht danach strebt, dass irgendwelche Kurven der Lohnentwicklung oder von sonst etwas möglichst steil aufwärts gehen, denn von aufwärtsgehenden Kurven kann man schließlich nicht leben und nicht glücklich werden, sondern die bewusst die Frage stellt, was getan werden kann, um einzelne Menschen glücklich und zufrieden zu machen.“<sup>3</sup> Dieses Zitat von 1957 illustriert anschaulich die drei Kernpunkte, die meiner Meinung nach die Richtschnur für die Ausrichtung der Wirtschaft am Menschen sein sollten:

- Erstens muss der Mensch Ausgangspunkt jeglicher gesellschafts- und damit auch wirtschaftspolitischer Überlegungen sein. Der Markt ist kein Selbstzweck, sondern ist ein Instrument, um dem Individuum ein „gutes Leben“ zu ermöglichen. Rüstow kleidete diese Vorstellung in die schöne Formel der „dienenden Wirtschaft“. Nicht der Mensch dient dem Markt, nicht die Wirtschaft entscheidet wie viel Mensch sie verträgt. Im Gegenteil: Wirtschaft muss an den Interessen und Notwendigkeiten jedes Einzelnen ausgerichtet werden. Angesichts der immer noch schwelenden Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise und den zahlreichen Exzessen des

---

<sup>2</sup> In Anlehnung an die Aussage des Wirtschaftswissenschaftlers Robert Wilbrandt (1875-1954), dass die historische Schule der Nationalökonomie nur eine „historische Soße für ein ansonsten klassisches Gericht“ gewesen sei.

<sup>3</sup> Rüstow (1957/1963a), S. 182f.

Finanzmarktes scheint diese Sicht der Dinge weiterhin mehr als gerechtfertigt. Ein Beispiel: Wie eine Umfrage der europäischen Bankenaufsicht zeigte, verdienten im Jahr 2011 – ein Jahr nachdem Spanien ein Hilfspaket für seine Banken beantragt hatte – spanische Spitzen-Investmentbanker durchschnittlich knapp zwei Millionen Euro. Nebenbei: das waren rund 45 Prozent mehr als ihre britischen Kollegen zu diesem Zeitpunkt als Salär bekamen.

- Zweitens ist der Maßstab für eine Wirtschaftsordnung nicht alleine ihre Leistungsfähigkeit, die in monetären Indikatoren, wie dem Bruttoinlandsprodukt, gemessen werden kann. Die Erkenntnis von Rüstow, dass der Mensch nicht „von aufwärtsgehenden Kurven“ leben kann, führt zu einer wichtigen Einsicht: Im Mittelpunkt steht das gelingende Leben des Menschen, also sein Lebensglück und seine Lebenszufriedenheit. Folglich müssen Politik und Gesellschaft sich immer wieder der Frage stellen, was denn das Lebensglück des Menschen ausmacht und wie es erreicht werden kann. Um mit Walter Eucken einen weiteren Ordoliberalen zu zitieren, es geht darum, „wie der modernen industrialisierten Wirtschaft eine funktionsfähige *und menschenwürdige* Ordnung gegeben werden kann“.
- Drittens brauchen wir konkrete politische Ideen, damit das „Soziale“ der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur „Soße“, sondern die Substanz der Gesellschaft ist. Auch hierzu bietet Rüstowsche Vitalpolitik einen Ansatzpunkt. Vitalpolitik, man könnte sie wohl heute zeitgemäßer Gesellschaftspolitik nennen, umfasst alle politischen Bedingungen und Maßnahmen, die für ein gelingendes Leben nötig sind. Damit richtet sie sich nicht alleine auf die Rahmenordnung der Märkte, sondern geht auch der Frage nach, was gesellschafts- und sozialpolitisch nötig ist, um Menschen Lebensperspektiven zu eröffnen. Diesem Gedanken will ich im Folgenden weiter nachgehen.

Eine gelungene Vitalpolitik ist die Gewähr und das Korrektiv für eine chancengerechte Gesellschaft. Die Dringlichkeit einer solchen Sichtweise macht die tägliche Erfahrung deutlich: Soziale Not ist in unserer Gesellschaft kein Randphänomen und vor allem nicht nur ein materielles Problem. Schauen Sie sich nur einmal die wirtschaftlich und oft auch sozial schwächeren Lebensräume, gerade auch hier im reichen München, an. Es ist vor allem ein Mangel an Perspektiven und möglichen Lebensentwürfen, den sie dort erleben und sehen. Die Kinder, die dort aufwachsen, sind nicht nur häufig mit materiellen Existenzängsten konfrontiert, sondern ihnen bietet unsere Gesellschaft auch nur wenig Aussicht, einmal ein

besseres Leben führen zu können. Das Problem unserer Gesellschaft ist nicht so sehr die Gefahr arm zu werden, sondern die Schwierigkeit, nicht arm zu bleiben. Armut verfestigt sich, Armut vererbt sich. Folgt man den Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, dann hat sich in den letzten 15 Jahren die Wahrscheinlichkeit, innerhalb eines bestimmten Zeitraums die Gruppe der von Armut bedrohten Personen zu verlassen, um 10 Prozent verringert. Anders gesagt: Mehr als 50 Prozent derjenigen, die zu der Gruppe der Armutsgefährdeten gehören, gehören dieser Gruppe auch noch drei Jahre später an, vor 15 Jahren waren es nur etwas mehr als 40 Prozent. Nicht selten entsteht so eine generationenübergreifende Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung. Hier müssen wir ansetzen: Armutsbekämpfung bedeutet in diesem Zusammenhang die systematische Verhinderung von Exklusion und Segregation ganzer Gesellschaftsschichten. Hier trägt auch die Kirche Verantwortung, in dem sie in ihren Gemeinden und mit ihren Mitgliedern immer wieder als Keimzelle eines sozialen und integrativen Miteinanders wirken muss.

Nicht, dass sie mich missverstehen: Fraglos ist es die Pflicht des Staates, Strukturen zu schaffen, die Chancengerechtigkeit ermöglichen – gerade für diejenigen, die am Rand stehen, gerade für Kinder und Jugendliche. Aber gleichzeitig besteht auch eine individuelle Verantwortung des Menschen, sein Leben zu gestalten. Auch da ist der Glaube Quelle der Ermutigung: das Leben ist Gabe und Aufgabe! Eine chancengerechte Gesellschaft bedarf der Verantwortung auf verschiedenen Ebenen.

Zunächst trägt jeder Mensch die Verantwortung für sein eigenes Leben und seine individuelle Entwicklung. Folgt man dem Subsidiaritätsprinzip, dann soll der Einzelne auch das leisten und leisten können, wozu er aus eigenen Kräften und eigener Initiative fähig ist. Eine Grundüberzeugung des christlichen Menschenbildes – und auch der Sozialen Marktwirtschaft – ist es, dass der Mensch grundsätzlich in der Lage ist, sein Leben selbst zu meistern. Hilfen der Solidargemeinschaft sind in ihrer Logik, freilich nicht immer in ihrer praktischen Umsetzung, nachrangig.

Damit ist aber auch klar: Eine kluge Vitalpolitik im Sinne Rüstows kann keine Politik gegen den Markt sein. Es sind die Initiativen von Menschen, die sich auf dem Markt bewähren. Märkte können Orte für Kreativität und Innovation sein – dies gilt es zu fördern, statt zu verhindern. Deutlich wird dies bei Familienunternehmen, gerade im Mittelstand – sie sind bis heute ein wichtiger Motor der Sozialen Marktwirtschaft und nicht selten ein Garant für ein menschliches Miteinander im Unternehmen.

Auch trägt jeder und jede Einzelne Verantwortung für das Gemeinwesen. Gemeint ist damit die Pflicht jedes Menschen, auch Verantwortung für den anderen und für die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu übernehmen. Diese Verantwortung hat vielfältige Formen und reicht von der Verantwortung im beruflichen und privaten Umfeld über das zivilgesellschaftliche Engagement bis hin zur Mitverantwortung für die politische Ordnung des Gemeinwesens. Eine so verstandene Vitalpolitik fordert aber auch individuelle Umsicht und Wohlverhalten, das auf einem nachhaltigen Lebensstil basiert, im Bewusstsein der ökologischen, intergenerationalen und globalen Verantwortung, die wir alle tragen. Die neue Enzyklika von Papst Franziskus gibt uns dafür tiefe und reichhaltige Hinweise.

Aus diesem Zusammenspiel einer politischen Verantwortung für jeden Einzelnen und der Verantwortung jedes Einzelnen für das Gemeinwesen lässt sich die Forderung nach einer dynamischen Chancengerechtigkeit ableiten. Es reicht nicht alleine aus, dem Individuum *de jure* Teilhabemöglichkeiten zuzusichern. Vielmehr müssen diese formalen Rechte um tatsächliche Beteiligungsmechanismen ergänzt werden. Die Güte der Wirtschaftsordnung ist daran zu messen, wie es ihr gelingt, *de facto* Chancen einzuräumen. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels zu weniger geradlinigen Lebenswegen muss die Chancengerechtigkeit zunehmend ein Anliegen im gesamten Lebensverlauf sein, nicht nur als „Startgerechtigkeit“ (Rüstow) in Kindheit und Jugend. Wir haben als Bischöfe vor einigen Jahren deshalb von einer „dynamischen Chancengerechtigkeit“ gesprochen.

Ich will Ihnen eine so verstandene Verantwortung an drei konkreten Feldern veranschaulichen, die mir persönlich sehr am Herzen liegen: Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Flüchtlingsproblematik an den Grenzen der Europäischen Union und neue Ideen für eine umfassende ökonomische Bildung.

- Laut aktuellen Zahlen von Eurostat zeichnet sich ein verheerendes Bild der Beschäftigungssituation von 15 bis 24 Jährigen in Europa ab. Während in Deutschland mit rund 7% zwar relativ wenig Jugendliche ohne Arbeit sind, so sind es in anderen Ländern, wie Spanien und Griechenland mit ca. 50%, Italien mit rund 40% und Portugal mit 30% deutlich und erschreckend mehr. Man sollte sich vor Augen führen, was diese nüchternen Zahlen für den Einzelnen und ganze Generationen bedeuten. Den jungen Menschen wird in einer entscheidenden Phase ihres Lebens, in der

Weichen für den weiteren Lebensweg gestellt werden, die Perspektive geraubt. Die Situation in Spanien ist mittlerweile so langanhaltend und flächendeckend, dass sich die Betroffenen selbst als „Generación Cero“, also als „Generation null“ bezeichnen: In der Mehrheit gut ausgebildete, arbeitswillige Menschen, denen jedoch jegliche Hoffnung auf ein gelingendes Leben genommen wird. Eine „dienende Wirtschaft“ muss sich diesen Jugendlichen annehmen und nach Wegen suchen, um ihnen wieder Lebensperspektiven zu eröffnen. Oftmals drängt sich der Eindruck auf, dass sich die Diskussion auf ökonomische Effizienzaspekte konzentriert anstatt systematisch das Problem in Angriff zu nehmen. Bildung und Arbeit sind die Themen, an denen wir ansetzen müssen. Dabei setzt das christliche Menschenbild auch auf die Selbstverantwortung und die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Deshalb hat Bildung, die nicht auf ökonomischen Erfolg allein abzielt, sondern auch Teil der Persönlichkeitsbildung ist, einen zentralen Stellenwert. Ich werde später darauf zurückkommen.

Zwar mag die Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen EU-Ländern auf den ersten Blick ein Problem der betroffenen Staaten sein, aber solche „verlorenen Generationen“ haben natürlich Rückwirkungen für das europäische Projekt insgesamt. Ein Projekt, das – und angesichts der gegenwärtigen heftigen Kritik kann es nicht oft genug wiederholt werden – friedensstiftend und wohlstandsschaffend war und bis heute ist. Eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird stets von der Akzeptanz seiner Bürger getragen. Fühlen sich einige in ihr dauerhaft und systematisch ausgeschlossen, so bröckelt auch die Bereitschaft, diese Ordnung zu akzeptieren und mitzutragen. Auf diese Weise wirkt das individuelle Schicksal eines Betroffenen auf mittlere Sicht sicherlich auch auf den sozialen Zusammenhalt in Europa und die Kohäsion in der Europäischen Union. Die Menschen dürfen Europa nicht als kaltherziges Wirtschaftsprojekt begreifen. Die EU muss auf konstitutioneller Ebene soziale Ausgleichsmechanismen besitzen, die sich an den Menschen richten und ihm verdeutlichen, dass das europäische Projekt der richtige Weg ist, die Lebensqualität aller zu verbessern. Genau dies misslingt, wenn sie mir diese politische Äußerung erlauben, derzeit im Ringen um einen Lösungsweg für Griechenland. Es fehlt - unter Wahrung des Prinzips der Subsidiarität und der je eigenen Verantwortung von einzelnen Personen und Ländern – das Denken im Rahmen eines gemeinsamen Projektes, das Zukunftsperspektiven und Chancen für alle im Blick hat.

Die COMECE, die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft, der ich seit 2012 vorstehe, hat unter dem Titel „Eine Europäische Solidaritäts- und Verantwortungsgemeinschaft“ eine Erklärung zu einer wettbewerbsfähigen und zugleich sozialen Marktwirtschaft veröffentlicht, um dieses Ziel des Ausgleichs mit Leben zu füllen. Darin fordern wir ein soziales Europa, in dem der Binnenmarkt um soziale Maßnahmen auf europäischer Ebene ergänzt wird. Hier trifft sich die Position der Kirche wieder mit der Vitalpolitik Rüstowscher Prägung. Wir haben in unserem Text erklärt: „Eine Marktwirtschaft, die ausschließlich den Kapitalinteressen dient, kann nicht ‚sozial‘ genannt werden.“

- Ein weiteres Problemfeld drängt sich aktuell auf. Die Tragödien, die sich täglich im Mittelmeer ereignen, sollten zu einer verbesserten gemeinsamen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der EU führen. Währenddessen haben wir Europäer trotz umfangreicher politischer Anstrengungen immer noch keine angemessene Antwort auf die tägliche Migration gefunden. Viel zu lange haben wir versucht, die Flüchtlinge, die über das Mittelmeer zu uns kommen, einfach wieder zurückzuschicken. Die einzigen Reaktionen der Europäer waren in der Vergangenheit Abwehr und Kontrolle. Jedoch: Als Christen dürfen wir die Augen nicht vor dem Elend der Flüchtlinge verschließen, vor dem sie in ihren Herkunftsländern fliehen. Weder die Verfolgung aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen, noch die Wirtschaftsmigration kann uns Begründung sein, die Türen geschlossen zu halten. Ich vermisse in Europa, dass wir Migration viel stärker als Chance begreifen – auch für unseren gemeinsamen Wirtschaftsraum. In einem verantwortungsvollen Umgang mit Flüchtlingen, könnte sich beweisen, wie Wirtschaft und Menschlichkeit gemeinsam gedacht werden können. Die Flucht aus materieller Not ist kein Grund, Menschen in ihr Heimatland zurückzuschicken, sondern muss Grund sein, unsere Wirtschafts- und Entwicklungspolitik auf den Prüfstand zu stellen. Und natürlich ist sie auch ein Appell, viel stärker in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und Auswanderer sich wirtschaftlich und politisch zu engagieren. Ein permanenter „Brain-Drain“ ist langfristig für diese Länder wie für uns negativ und nicht akzeptabel.

Die Diskussion über eine menschenwürdige Soziale Marktwirtschaft ist nicht voraussetzungslos: Sie erfordert eine Gesellschaft, die aktiv an solchen

Fragestellungen partizipieren will und kann. Die Fähigkeit, sich einzubringen, ist jedoch mit dem Sachwissen über ökonomische und gesellschaftliche Zusammenhänge verknüpft. Will man z.B. Position zum flächendeckenden Mindestlohn beziehen, so muss man Kenntnisse über die Funktionsweise – die Regeln – der Sozialen Marktwirtschaft und über die möglichen Auswirkungen dieser Regeln haben. Wenn ich die Spielregeln des „marktlichen Spiels“ nicht verstehe, kann ich weder das Spiel erfolgreich spielen, noch an der Verbesserung der Spielregeln mitwirken. Politische Verantwortung ohne ökonomischen Sachverstand ist heute nicht mehr denkbar.

Es ist schon erstaunlich: Die Bedeutung von Regeln beim Fußball ist jedem sofort ersichtlich, die Bedeutung von Regeln für eine Soziale Marktwirtschaft scheint nur schwer verständlich. Deshalb muss Wert darauf gelegt werden, dass die Bedeutung von Regeln auch für das „ökonomische Spiel“ besser vermittelt werden. Ich bin froh, dass sich die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gerade auch dem Thema ökonomische Bildung verschrieben hat. Mir scheint es so, als ob Schulen hier einen Nachholbedarf haben. Ob nun als eigenständiges Unterrichtsfach oder als Teil anderer Fächer – ohne ein Mindestmaß wirtschaftlichen Wissens, vermittelt bereits in der Schule, kann man in unserer Gesellschaft nicht verantwortlich leben. Dies ist keine Aushöhlung humanistischer Ideale, sondern ein realistischer Blick in die moderne Welt. Und freilich: Es geht nicht primär darum, Vorwissen für ein späteres Ökonomiestudium zu vermitteln, sondern den Blick auf wirtschaftliche Sachzusammenhänge und deren gesellschaftliche Bedeutung zu lenken. An dieser Stelle sind die Kirche und die Gesellschaft gleichermaßen gefragt. Wie kann dem Menschen nahe gebracht werden, dass faire und von allen akzeptierte Regeln auch im täglichen Handeln gelten und nicht von Einzelfall zu Einzelfall nach eigenen Opportunitäten in Frage gestellt werden? Es geht darum, Menschen dazu anzuleiten, darüber nachzudenken, welche Regeln im Interesse aller liegen und allen ein besseres Leben ermöglichen könnten. Leider ist das Wissen um die Katholische Soziallehre auch in unseren Reihen, in Pfarreien und Verbänden, nicht genug verbreitet.

- Erlauben Sie mir, dass ich noch einen anderen, letzten Problemkreis anspreche. Bereits 1960 machte sich Alexander Rüstow Gedanken über die Verantwortung einer Gesellschaft für seine Umwelt. So schreibt er: „Man muss sich fragen, ob ein Volk, das eine dauernd zunehmende Verschmutzung seines Wassers und seiner Luft zulässt,



überhaupt noch ein Kulturvolk genannt werden kann.“<sup>4</sup> Diese Ressourcenverantwortung ist damals wie heute von höchster Bedeutung. Die katholische Kirche kennt diese besondere Beziehung zwischen dem Menschen und seiner Umwelt als Humanökologie. Papst Benedikt XVI. wies gelegentlich darauf hin. So erklärte er in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2007: „Immer deutlicher tritt der untrennbare Zusammenhang zwischen dem Frieden mit der Schöpfung und dem Frieden unter den Menschen in Erscheinung. Der eine wie der andere setzt den Frieden mit Gott voraus.“ Und Papst Benedikt schreibt weiter: „Wenn der Mensch sich dieser, ihm vom Schöpfer anvertrauten Aufgabe entsprechend verhält, kann er gemeinsam mit seinen Mitmenschen eine Welt des Friedens erstehen lassen.“ Aus der Humanökologie folgt die Sozialökologie. Das bedeutet, dass sich die Menschheit die „bestehenden Verbindungen zwischen der Rücksicht auf die Natur und der auf den Menschen bezogenen Ökologie“ immer vor Augen halten muss. Rücksichtslosigkeit gegenüber der Natur zieht die Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Mitmenschen nach sich.

Auch die neue Sozialenzyklika „Laudato Si“ von Papst Franziskus greift dieses Anliegen auf. Sie fordert im Grunde eine neue Fortschrittsidee, eine ganzheitliche Ökologie, zu der dann auch eine „öko-soziale Marktwirtschaft“ gehören muss, wie sie auch von den Kirchen immer wieder thematisiert wird.

Was wir brauchen ist ein Umdenken und eine Rückbesinnung auf eine menschengemäße Marktwirtschaft, nur eine solche Marktwirtschaft ist eine wahrhaft *Soziale* Marktwirtschaft. Die Antwort auf die Frage „Wie viel Mensch verträgt die Wirtschaft?“ muss lauten: „Unendlich viel!“ Verliert die Marktwirtschaft ihre Menschlichkeit, verliert sie ihren Maßstab und damit ihre Legitimation. Unsere bleibende Aufgabe ist es, Wirtschaft dem Menschen zugewandt zu gestalten und das heißt: freiheitlich und chancengerecht zugleich. Ich sehe hier – auch und gerade im Blick auf die neue Enzyklika – keinen Gegensatz von wirklichem „Ordo-Liberalismus“ und Katholischer Soziallehre, denn beide Ansätze wollen ja über einen nur an Kapitalverwertungsinteressen orientierten Kapitalismus hinausdenken. Daran will ich mich gerne weiter beteiligen.

---

<sup>4</sup> Rüstow (1960/1963a), S. 87.